



Landrat – mittendrin

Geschätzte Leserinnen und geschätzte Leser

Am Morgen wurde über die Neuregelung des Anspruchs auf Prämienverbilligung für junge Erwachsene abgestimmt. Bei 74 Ja-Stimmen gab es nur eine Gegenstimme. Damit haben nun junge Erwachsene von Eltern in günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen keinen Anspruch mehr auf Prämienverbilligung. „Günstige wirtschaftliche Verhältnisse“ bedeutet z.B. bei Eltern mit einem Kind wenn das massgebende steuerbare Einkommen 134'000 übersteigt. Das war für den Landrat eine genug hohe Hürde, welche nur den oberen Mittelstand betrifft, der in der Lage ist Unterstützung für das eigene Kind zu bieten.

Dann kamen drei Geschäfte an die Reihe, bei denen es um Ausgaben von insgesamt 50 Mio ging. Beim ersten ging es um die Zukunft der Waldenburgerbahn. Für Infrastrukturmassnahmen für die nächsten drei Jahre sollen 43 Mio ausgegeben werden. Davon muss der Kanton BL 29 Mio bezahlen. Dies wurde mit 73:1 genehmigt. Anschliessend wurde die Baukreditvorlage über 10 Mio für den Ersatzneubau bei der Sekundarschulanlage Tannenbrunn in Sissach genehmigt. Es ging gleich mit dem Verpflichtungskredit „Teilinstandsetzung und Umbau Sekundarschule Rheinpark Birsfelden“ über 8 Mio weiter, der einstimmig genehmigt wurde.

Der Landrat diskutierte einen Vorstoss von Elisabeth Augstburger, EVP Liestal, bei welchem es um Minimalstandards für Betreuungsfirmen ging. Ein Punkt betraf die dauernde Präsenz eines Mitarbeiters. Die Regierung erklärte in ihrer Begründung, dass die Gemeinden für die Betreuung von Asylsuchenden verantwortlich sind. Sie haben die Möglichkeit, eigenverantwortlich das für sie optimale Betreuungsmodell individuell für ihre Bedürfnisse zu wählen. Es gibt in den Gemeinden auch Grundlagen für eine alters- und situationsangepasste Begleitung bzw. Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen. In den meisten Gemeinden funktioniert das gut. Seit Januar 2014 hat der Kanton die Asylverordnung angepasst. Diese verpflichtet die Asylsuchenden, an gemeinnützigen Programmen teilzunehmen bzw. im Werkhof einer Gemeinde mitzuarbeiten. Dadurch haben die AsylbewerberInnen eine Tagesstruktur, was sich positiv auf ihr Wohlbefinden auswirkt. Elisabeth Augstburger war mit der Begründung der Regierung einverstanden. Sie wird jedoch Augen und Ohren offen halten und gegebenenfalls einen weiteren Vorstoss einreichen, wenn neue Probleme auftauchen sollten.

Im letzten Bericht hatte ich am Ende geschrieben, dass wir auf den Regierungsentcheid über die Unterstützung des Hallenbades Gelterkinden warten. Nun hat der Regierungsrat entschieden, dass Gelterkinden 5 Mio aus dem Fonds erhält. Das war für mich persönlich, und für das Oberbaselbiet, ein wichtiger und lang ersehnter positiver Entscheid. Damit sind nun innert kurzer Zeit wichtige Gelder für das Oberbaselbiet gesprochen worden.

Martin Geiser, Landrat EVP, Gelterkinden

Veröffentlicht in der Oberbaselbieter Zeitung ObZ vom 15.05.2014